

Im Klartext

Mir redde drüwer



Ausgabe 33

August 2005

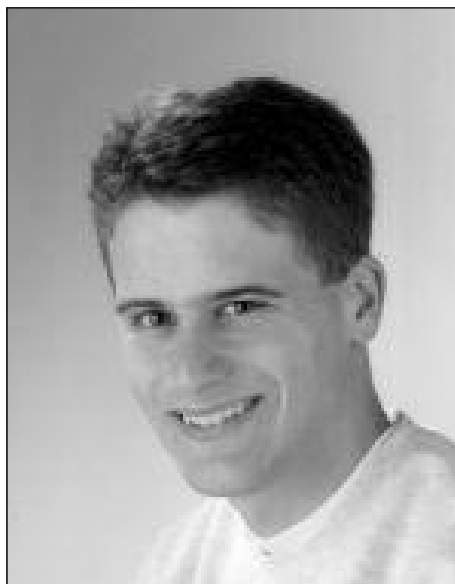
Karbener Haushalt für 2005/06:

Mit Rot-Grün geht's in Karben aufwärts: bei Schulden, Steuern und Gebühren

Nicht nur in Berlin, auch in Karben hat die rot-grüne Koalition mit dem nun beschlossenen Haushaltsplan eine verheerende Bilanz vorgelegt: Die Verschuldung der Stadt klettert auf den Rekordstand von 57 Millionen Euro. Das sind 2.238 Euro pro Einwohner und damit doppelt so viel wie in vergleichbaren Kommunen Hessens. Statt zu sparen und zum Beispiel den überflüssigen zweiten hauptamtlichen Stadtrat abzuschaffen, schröpfen SPD und Grüne die Bürger: Grundsteuer, Hundesteuer, Friedhofs- und Kindergartengebühren wurden oder werden noch erhöht. Die CDU wehrt sich gegen diese dreiste Abzocke und zeigt Alternativen auf.

Von 63 Städten gleicher Größenordnung in Hessen hat Karben die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung, obwohl in kaum einer Kommune die Steuereinnahmen so hoch sind wie hier. Die Schlussfolgerung ist klar: Die Stadt hat kein Problem mit den Steuereinnahmen, sondern mit den Ausgaben. Der rot-grüne Magistrat hat sich als unfähig erwiesen, mit den ihm anvertrauten Steuermitteln vernünftig umzugehen. Die Bürger sollen nun in Form höherer Abgaben die Zeche zahlen – als ob die Menschen angesichts der schwersten Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht schon genug gebeutelt wären. Weniger „Netto“ für die Bürger bedeutet wiederum weniger Kaufkraft für das Karbener Gewerbe.

Festzuhalten bleibt, dass die Schulden erst seit Beginn der 90er Jahre so stark steigen, als die wesentlichen Investitionen in die Infrastruktur der zusammenwachsenden Stadt bereits getätigt waren. Die Investitionen sind seitdem auf einem konstanten Niveau, während der Verwaltungshaushalt explodiert. Schuld sind überflüssige Ämter,



Ein Artikel von Mario Beck, Vorsitzender der Karbener CDU-Fraktion

zum Beispiel der Fachdienst Öffentlichkeitsarbeit oder das Rechnungsprüfungsamt, dessen Aufgabe eigentlich in Zuständigkeit des Wetteraukreises fällt. Total überflüssig ist der zweite hauptamtliche Stadtrat, doch die Selbstbedienungsmentalität der SPD scheint (noch) stärker als der Bürgerwille zu sein.

Die CDU hat sich in den Haushaltsbe-

ratungen als konstruktive Opposition erwiesen und sämtlichen Einsparvorschlägen des Magistrats zugestimmt – bei gleichzeitiger Ablehnung der Gebührenerhöhungen. Da das Magistratskonzept nicht weit reichend genug ist, hat die Union als einzige Fraktion eigene Anträge gestellt, die in den meisten Fällen von der rot-grünen Koalition abgelehnt wurden.

Das Konzept der Union ist klar: Statt bei den Bürgern noch mehr zu kassieren, muss gespart werden. Mit dem Sparen muss oben angefangen werden! Deshalb wird die CDU den zweiten hauptamtlichen Stadtrat wieder aus der Hauptsatzung streichen, sollte sie eine Mehrheit bei der Kommunalwahl am 26. März 2006 erreichen. Haushaltskürzungen in der Größenordnung von 10 Prozent werden nötig sein, um die Finanzen zu sanieren. Die Wähler haben schon bald die Gelegenheit, eine Mehrheit im Stadtparlament zu bilden, die verantwortungsvoll mit ihren Steuergeldern umgeht.

► Lesen Sie mehr zu den Finanzvorschlägen der CDU sowie zur Entwicklung der kommunalen Finanzen auf Seite 4.

Union setzt sich in Verkehrspolitik durch

„Engpasslösung.“ Mit diesem Begriff beschrieb ein Stadtverordneter der Grünen, wie er sich die Lösung der Verkehrsprobleme in Karben vorstellt. Seiner Meinung müssten nur genug Autos und Lkw die Ortskerne verstopfen, bis sie sich automatisch einen neuen Weg suchen. Wie diese Engpasslösung in der Realität aussieht, lässt sich auf der Homburger Straße und der Rendeler Straße in Klein-Karben und vor allem auf der Bahnhofstraße in Groß-Karben besichtigen.

Die CDU folgt dieser grünen Logik freilich nicht und machte sich im Stadtparlament für die Groß-Karbener Nordumgehung stark, als über die Anbindungsvarianten der Entlastungsstraße zu entscheiden war. Die Grünen stehen mit ihrer ablehnenden Haltung glücklicherweise alleine da. Die Union dagegen konnte sich mit ihrem Verkehrskonzept kommunalpolitisch durchsetzen. Die Jahrzehnte lange Blockade des B3-Weiterbaus wurde durch ein von CDU, FWG und FDP



Stadtverordneter Jürgen Hintz

initiiertes Bürgerbegehren aus dem Weg geräumt, so dass die Planungen für eine kreuzungsfreie Weiterführung voranschreiten.

Die Baumaßnahme ist nun im Bundesverkehrswegeplan, und das zuständige Amt für Straßen- und

Verkehrswesen hat erste konkrete Pläne vorgelegt. Dabei legt die CDU Wert darauf, dass die B3 so weit westlich wie möglich um den Straßberg herum geführt wird.

Die CDU hat im Stadtparlament auch die Forderung durchgesetzt, dass nach einem Weiterbau die B3 zwischen dem jetzigen Ausbauende in Kloppenheim und Bad Vilbel zweispurig ausgebaut werden soll. Schließlich müssen sich nach einem B3-Weiterbau die Fahrzeuge aus Karben und die der Nordumgehung in den fließenden Verkehr aus Richtung Friedberg einordnen, so dass eine zusätzliche Spur nötig wird.

Die Karbener Union steht in engem Kontakt zu ihren Abgeordneten im Landtag und im Bundestag, Norbert Kartmann und Klaus Minkel, um die Planungen möglichst zügig voranzubringen. Eine verbesserte Infrastruktur auf Straße und Schiene, bleibt unabdingbar für eine wachsende Stadt im Ballungsraum Rhein-Main.

Kindergärten müssen bezahlbar bleiben

„Wer sich für 100.000 Euro jährlich einen überflüssigen Stadtrat leistet, sollte sich schämen, wenn er zu Gunsten von 50.000 Euro zusätzlicher Einnahmen die Kindergartengebühren erhöht!“ kritisierte CDU-Fraktionsvorsitzender Mario Beck, stieß damit aber bei SPD und Grünen auf taube Ohren. Rücksichtslos paukte die Koalition die Erhöhung der Kindergartengebühren durch. Das so oft beschworene soziale Profil von Rot-Grün hatte sich an diesem Tag wohl Urlaub genommen.

Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur in Sonntagsreden gefordert, sondern auch real ermöglicht werden soll, passt eine Erhöhung der Elternbeiträge nicht ins Bild – deshalb stimmte die CDU konsequenter Weise mit Nein. Damit wären die

Gebühren auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gehalten worden. Im CDU-regierten Eschborn wurden die Elternbeiträge sogar kürzlich komplett abgeschafft. Anders in Karben: Dank der Stimmen von SPD und Grünen müssen nun fast alle Eltern tiefer in

die Tasche greifen. Die Erhöhung greift schon bei einem Bruttoeinkommen der gesamten Familie ab 2.101 Euro und ist nach dem Einkommen gestaffelt. Als kurzfristig könnte sich die Gebührenerhöhung auch des-

halb erweisen, weil der Magistrat damit fünf Millionen Euro hohe Fördergelder gefährdet, die das Land Hessen für Modellstädte mit vorbildlicher Familienpolitik vergibt. Die CDU wird sich weiterhin für bezahlbare Kindergartenplätze einsetzen.



Kurz notiert

Kremers für Mondre

Rosel Kremers rückt für Dr. Michael Mondre, der umgezogen ist, ins Stadtparlament nach. Als Experte im Umweltschutz und engagierter Redner im Stadtparlament hat Mondre die Karbener Kommunalpolitik bereichert.

JU für Krumpholz

Tim Krumpholz bleibt Vorsitzender der Jungen Union Karben. Seine Stellvertreter sind Barbara Büttner, Alexander Jörg und Dirk-Andreas Hengst. Für die Kasse ist Michaela Jörg zuständig. Außerdem gehören zum Vorstand Marco Stascheit, Marc Hengst, Jens Boy, Michael Wörn und Christian Steiner.

CDU für FFW-Stützpunkte

In der Diskussion über den Feuerwehr-Bedarfs- und Entwicklungsplan sprach sich die CDU für den Erhalt der Gerätehäuser in den einzelnen Stadtteilen aus, um die Motivation der Freiwilligen zu erhalten und schnelle Hilfe für die Bürger zu gewährleisten.

CDU vor Ort

In einer neuen Veranstaltungsreihe besucht die CDU Karbener Betriebe, Vereine und Institutionen, um sich vor Ort über deren Arbeit zu informieren. „So wird Politik bürgernah“, meint Organisator Reinhard Wortmann.



Beim Besuch des Landwirts Heinz Christian Bär auf dessen Hof in Burg-Gräfenrode informierten sich die Christdemokraten über aktuelle Trends in der Agrarpolitik. Mit Bär als Präsident des Hessischen Bauernverbandes hatte die CDU-Delegation einen kompetenten Gesprächspartner. Unter anderem wurde die EU-Zuckermarktordnung besprochen. Bär sieht die Interessen der deutschen Landwirte durch die Bundesregierung nicht ausreichend vertreten und kritisierte Agrarministerin Künast für deren „mit Ideologie befrachtete Politik“. Beeindruckt zeigte sich die Union von der Vermarktung frischer Qualitätsprodukte wie Erdbeeren und Spargel in Kooperation mit örtlichen Einzelhändlern.



Eine der ersten Besuche im Rahmen der „CDU vor Ort“-Reihe führte die Union zur Firma Auto-Fischer nach Okarben. „Oftmals geht die Politik nur in Wahlkampfzeiten zu den Betrieben, und dann auch nur zu den großen. Wir wollen gegen den Strom schwimmen und uns gerade bei kleineren und mittleren Betrieben über deren Anliegen informieren, denn die sorgen für das Gros der Ausbildungs- und Arbeitsplätze“, unterstreicht CDU-Vize Reinhard Wortmann, der die Informationsbesuche organisiert.

Die Online-Version dieser Zeitung finden Sie unter:

<http://www.im-klartext.de>

Schulz ohne Mehrheit

„Was interessiert mich schon mein Geschwätz von gestern.“ Mit diesem Adenauer-Zitat verteidigte SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus-Peter Hampf seinen Bürgermeister angesichts dessen plötzlichen Sinneswandels in der Frage der Sozialhilfeberatung. Was war geschehen?

Die CDU beantragte im Haupt- und Finanzausschuss eine Reihe von Einsparmöglichkeiten. Eine Initiative sah vor, die von der Stadt geleistete Sozialhilfeberatung entweder auf Kosten des eigentlich zuständigen Wetteraukreises durchzuführen, oder – falls der Kreis nicht zahlt – dieses Angebot aufzugeben. Hintergrund: Im Zuge der Hartz-IV-Reform fällt ein Großteil der vormaligen Sozialhilfeempfänger in die Zuständigkeit der Arbeitsagentur, für die anderen ist das Kreissozialamt in Friedberg verantwortlich. Die Sozialhilfeberatung in Karben ist als dritter Bestandteil nicht vorgesehen, da den Betroffenen sowieso nur bei der Arbeitsagentur in Bad Vilbel oder dem Sozialamt in Friedberg konkret geholfen werden kann.

Auf Anregung von Bürgermeister Roland Schulz änderte die CDU ihren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss um und präzierte ihn. „So können wir diesem Antrag zustimmen“, meinte der Bürgermeister und betonte, dass die Sozialhilfeberatung eine freiwillige Leistung der Stadt sei, und genau da müsse man kürzen.

Umso größer war die Verwunderung der CDU-Stadtverordneten, als selbiger Roland Schulz zwei Tage später im Stadtparlament gegen den vorher von ihm befürworteten Antrag Stellung bezog. Offenbar wurde er inzwischen von Teilen der SPD-Fraktion zurückgepfiffen. Der vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Mario Beck erhobene Vorwurf der Unzuverlässigkeit blieb unwidersprochen. „Sie fordern immer Einsparvorschläge von uns, und wenn wir uns auf einen solchen einigen, wollen Sie zwei Tage später nichts mehr davon wissen“, sagte Beck in Richtung Schulz und überzeugte damit wohl einige SPD-Stadtverordnete. Denn die SPD-Fraktion stimmte uneinheitlich ab, so dass der CDU-Antrag eine Mehrheit fand. Am Ende siegte eben doch die Vernunft.

Genauso war es übrigens vor rund 50 Jahren, als Bundeskanzler Adenauer unter anderem mit dem obigen Zitat für die Aufstellung der Bundeswehr stritt – eine Entscheidung, von deren Richtigkeit mittlerweile auch die SPD überzeugt ist.

- ▶ Sie haben Ideen, Anregungen oder Kritik für unsere kommunalpolitische Arbeit?
- ▶ Sie möchten, dass wir für Sie den Kontakt zu unserem Bundes- oder Landtagsabgeordneten herstellen, um ein Anliegen vorzubringen?
- ▶ Sie möchten sich die Arbeit der CDU, der Jungen Union oder der Senioren Union mal näher anschauen, vielleicht sogar mitmachen?

Wenn Sie eine dieser Fragen mit JA beantworten können, melden Sie sich bei uns! Wir helfen gerne weiter!

Kontaktperson: Mario Beck, Tel.: (06039) 939835,
E-Mail: mario.beck1@gmx.de

So will die Union den Haushalt sanieren

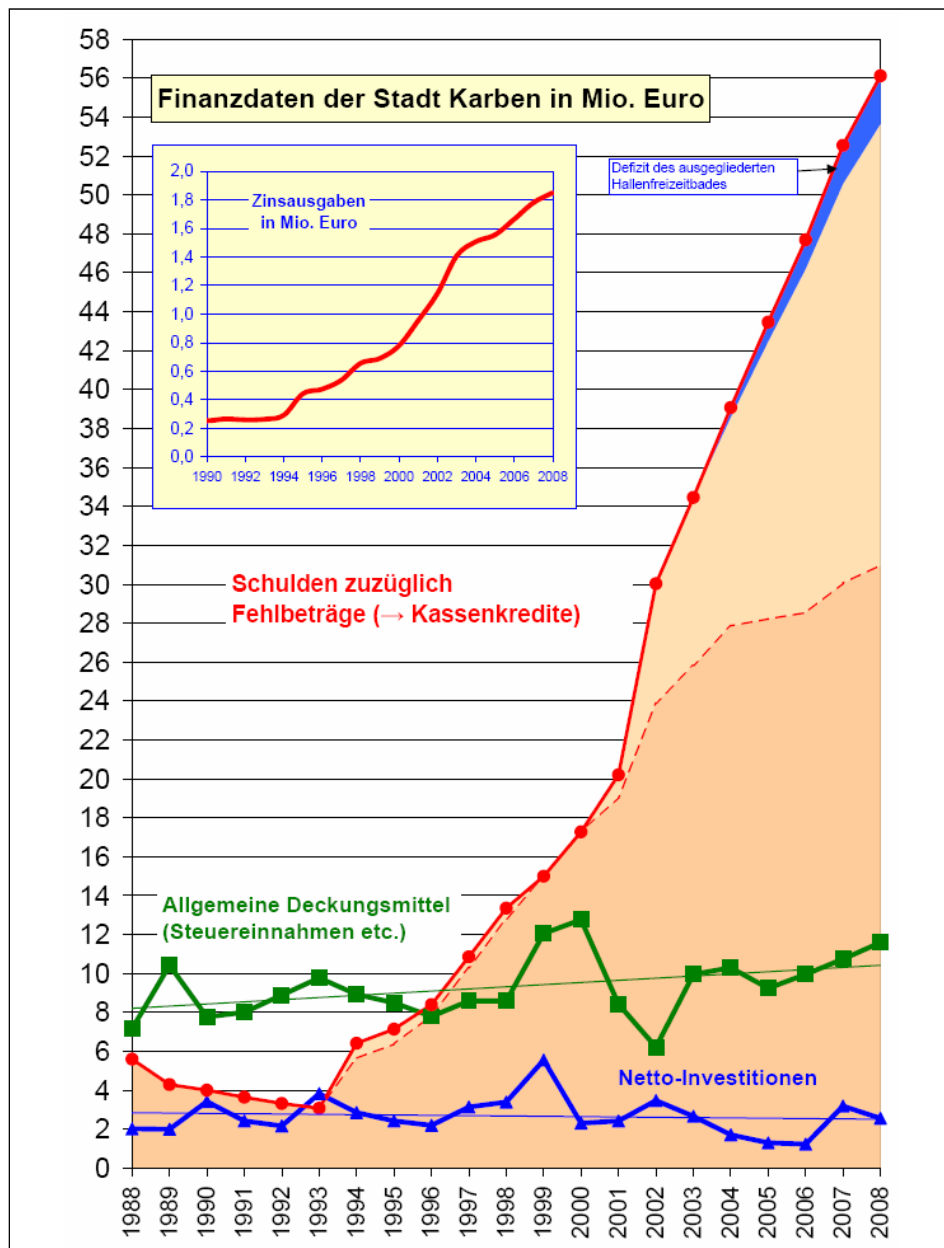
„Es kann nicht mehr Geld verteilt werden als zur Verfügung steht.“ Diese Weisheit ist ebenso einfach wie richtig, wird im Karbener Rathaus aber wohl nicht verstanden. Die Stadt Karben hat eine starke Einnahmekraft. Bei den Steuereinnahmen sind über längere Sicht ansteigend (siehe Grafik), das Investitionsniveau ungefähr konstant. Trotzdem schnellen die Schulden und mit ihnen die Zinsbelastungen in die Höhe, da der Verwal-

tungshaushalt immer mehr Geld verschlingt. Dort wäre eine Ausgabenkürzung von 10 Prozent ausreichend, um mittelfristig den Haushalt zu sanieren. Die CDU setzt klare Prioritäten. Wir treten ein für die Kürzung aller Budgetansätze um etwa 10 Prozent mit Ausnahme der Kindergärten, der Freiwilligen Feuerwehren und der direkten Vereinszuschüsse. Diese drei Bereiche haben aus sozialen und gesellschaftlichen Gründen sowie im Si-

cherheitsinteresse der Bürger Priorität. Die Union steht zudem für einen konsequenten Bürokratieabbau und hat deshalb die Abschaffung der Baumsatzung durchgesetzt. Sie wird Schluss machen mit der Praxis der rot-grünen Koalition, Unsummen für Gutachten zu verschwenden, die zum Teil völlig praxisferne Ergebnisse liefern. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit städtische Leistungen zu kostengünstigeren Konditionen von privaten Dienstleistern übernommen werden können (z.B. Bauhofleistungen). Dies kommt im Interesse einer sozialverträglichen Lösung natürlich nur in Betracht, soweit Stellen der Stadt durch natürliche Fluktuation frei werden. Die Stadt Karben kann sich nicht länger Aufgaben leisten, für die andere Verwaltungsebenen zuständig sind (Rechnungsprüfung, Sozialhilfe- und Rechtsberatung).

Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen heißt auch, mit anderen Kommunen enger zusammenzuarbeiten. Zahlreiche Kommunen in unserer Umgebung machen es vor, nur die Karbener SPD stellt sich stur. Verwaltungsaufgaben, die eher interner Natur sind und nur wenig Bürgerkontakt erfordern, können im Verbund mit anderen Gemeinden durchgeführt werden. Auch Software und bestimmte Gerätschaften für den Bauhof, die nicht täglich benötigt werden, könnten gemeinsam günstiger beschafft und genutzt werden.

Der Weg, den die CDU einschlagen will, ist nicht einfach, aber machbar. Ein „Weiter so“ der SPD würde zu viel dramatischeren Kürzungen in Zukunft führen.



Die CDU lädt ein zum Wahlkampf-Höhepunkt mit Dr. Franz Josef Jung

- Spitzenkandidat der hessischen CDU für die Bundestagswahl - und Klaus Minkel, MdB, Direktkandidat für den Wetteraukreis
Donnerstag, 08.09.05, 18:00 Uhr, Bürgerzentrum Karben

Impressum

Herausgeber:
 CDU-Stadtverband Karben
 Im Sauerborn 4, 61184 Karben
 Tel. (06039) 7568

Redaktion: Mario Beck, Prof. Dr. Stefan Zahradnik, Eva-Maria Römer

Auflage: 9.000 Exemplare

Besuchen Sie uns im Internet unter:
<http://www.cdu-karben.de>